

## **Manifest des runden Tisches vom 25. Januar 2011 zum Referendum gegen den Managed-Care-Zwang**

Obwohl es keine wissenschaftlichen Beweise für den gesundheitsökonomischen Nutzen von Managed Care (Integrierte Versorgung) gibt, planen die eidgenössischen Räte, PatientInnen finanziell empfindlich zu bestrafen, wenn sie sich nicht in einem integrierten Versorgungsmodell versichern wollen. Dies durch unannehmbare, sogenannte «differenzierte» Selbstbehalte. Viele PatientInnen werden so praktisch gezwungen einem Managed Care Modell beizutreten.

Die Gesetzesvorlage «04.062 Managed Care» bedeutet für die PatientInnen den Verlust der freien Arztwahl und Knebelverträge. Ebenfalls patientenfeindlich wird sich der Zwang zur Budgetmitverantwortung der Ärztenetzwerke auswirken. Er ist letzten Endes eine verdeckte Rationierung und mündet in einen unvermeidbaren Qualitätsverlust. Gleichermassen problematisch ist das Vorrecht der Versicherer, die Netzwerke zu definieren. Sie können nach Gutdünken bestimmen, welchen ÄrztInnen sie Verträge gewähren und welchen nicht.

Und nicht zuletzt bleibt bei Managed Care das Arztgeheimnis, also die vertrauensvolle Arzt-Patientbeziehung auf der Strecke. Integrierte Versorgung verträgt sich nicht mit dem Datenschutz.

Aus diesen Gründen sind wir entschlossen, gegen den Managed-Care-Zwang das Referendum zu ergreifen.